

Die verstummte Soziologie

Krysmanski, Hans Jürgen

First published in:

Blätter für deutsche und internationale Politik, Berlin 1992

Münstersches Informations- und Archivsystem multimedialer Inhalte (MIAMI)

URN: urn:nbn:de:hbz:6-62589548597

Die verstummte Soziologie

Vom Verlust sozialwissenschaftlicher Urteilskraft in Deutschland

Von Hans Jürgen Krysmanski

Es ist still geworden um die Soziologie. Die letzte soziologische Deutungsfloskel, die von der *Risikogesellschaft*, verhallt wie Hohn in den neuen Bundesländern.

Die beiden großen theoretischen Entwürfe der neueren deutschen Soziologie bewähren sich im Vereinigungsprozeß nicht. Habermas' Theorie der kommunikativen Kompetenz wird der sozialen und wirtschaftlichen Not in den östlichen Lebenswelten kaum ihre Sprache andienen können. Luhmanns Systemtheorie verbreitet eine Grundstimmung existentialistischer Entfremdung, die ihre ursprüngliche Intention, entfremdete bürokratisch-organisatorische Problemlösungshandlungen zu erleichtern, längst desavouiert.

Die westdeutsche Soziologie hat seit den 70er Jahren eine wechselvolle Geschichte durchlaufen. Nach Hoffnungen aus den Anfängen der sozialliberalen Koalition, die Soziologie könne zu einer etablierten Politikberatungswissenschaft in Sachen Lebensqualität (Sozialindikatorenbewegung), Strukturpolitik („Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“) und nicht zuletzt in Sachen Abfederung der sozialen Folgen von Rationalisierung und Automatisierung (Aktionsprogramm „Humanisierung der Arbeitswelt“) werden, wird längst von ihrer Krise gesprochen. Es geht das Wort um von der unvermeidlichen „Parzellierung“ und „Spezialisierung“ des Faches - man fühlt sich aus dem zentralen Planungsgeschehen wieder verstoßen.

Die sozialen Probleme der neuen *Berliner Republik* sind in ihrer Prioritätenstruktur noch gar nicht erkannt. Wenn die Thematiken von Soziologentagen Ausdruck des jeweiligen Problembewußtseins der Disziplin sind, so ist der Weg vom legendären Jahr 1968 (mit dem Kongreßthema *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?*) über das Jahr 1982 (*Krise der Arbeitsgesellschaft?*) zum Jahr 1990 (*Modernisierung moderner Gesellschaft*) bezeichnend für die um sich greifende Ratlosigkeit.

Der wichtigste Vorwurf an die heutige Mainstream-Soziologie: sie hat den Weg zur deutschen Einigung verschlafen. Sie hat die Vergesellschaftungsprozesse, die zwischen den beiden deutschen Staaten abliefen, nicht begreifen können, weil sie „die andere Seite“ überhaupt nicht wahrnahm.

Das lag vor allem daran, daß die westdeutsche Soziologie (wie die Politologie) mit wenigen Ausnahmen ein Produkt der Westintegration ist. Unsere Soziologen fuhren selten in die DDR, oft nach New York. Es ist verständlich, daß man lieber Gast der *New School for Social Research* als der *Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED* war. Doch in letzterer wurden seit längerem durchaus die Probleme registriert, die jetzt auf die ganze Republik zukommen werden.

Bis heute wollen die westdeutschen Soziologen, gemessen an ihrem „fachpolitischen“ Verhalten in Evaluierungskommissionen usw., nicht wahrhaben, daß die Jahre der DDR kein böser Traum, sondern eine Variante realer gesellschaftlicher Entwicklung waren. Die Fähigkeit, kontra-intuitiv - also gegen die massenmedial erzeugten

Stimmungslagen - zu denken, ist erstaunlich gering entwickelt.

Diese Wissenschaftsdisziplin will mit dem großen Meinungsstrom zur Tagesordnung übergehen. Die Tagesordnung aber, welche im Vereinigungsprozeß gemacht wurde, ist nicht in den Vertragsverhandlungen zur Einigung, sondern am Runden Tisch entstanden. Denn damals wurde deutlich, daß die Art und Weise der „Übergabe der Festung DDR“ ein zivilisatorischer Fortschritt und damit ein wirklicher Schritt in die Möglichkeit eines entwickelteren gesellschaftlichen Zustands war.

Wolfgang Fritz Haug hat im März 1990 den Sachverhalt so umschrieben: „Warum die DDR-Ordnung ‚wie ein Kartenhaus zusammengebrochen‘ sei, wird oft gefragt. Ein wichtiger Faktor war die innere Verfaßtheit der Herrschaftsträgerin SED. Zu großen Teilen wollten sie die Revolution gegen die Herrschaft ihrer Führung. Das entsprechende Psychogramm selbst hoher Funktionäre findet sich etwa im Hinze-Kunze-Roman von Volker Braun. - Das eigentlich Erstaunliche und, bei allem Schmerz, langfristige Produktive, ist der Rückzug aus der Gewalt, dem Bürgerkrieg von oben, in die Zivilität. Repression ist eine harte Droge für einen Staat; sich an sie zu gewöhnen, geht wie von selbst; sich zu entwöhnen ist höllisch schwer und stellt... eine große politische Leistung dar ... Es ist von größter Bedeutung, daß die Kommandoposten der Staatsmacht, dort wie hier, zivil abgegeben werden konnten ... Die Potentiale der demokratischen Revolution in der DDR werden keineswegs mit dieser verschwinden. Der Runde Tisch hat eine eigentümliche zivilgesellschaftliche Kultur des Politischen hervorgebracht. Aus dieser sinnlichen Anschauung haben viele Menschen Vorstellungen einer anderen Politstruktur gewonnen.“

Anpassung macht blind

„Polizei und Soziologie sind funktionale Alternativen. Soziologische Forschung gedeiht in einem Klima geringer und weit gestreuter sozialer Unruhe. Wenn allerdings, wie in Zeiten der Rezession und Depression, aus passiver aktive Unruhe wird, wenn Widerstand sich in offenen Aktionen, in Streiks, Aufruhr, Revolten und Revolutionen regt, dann werden die 'geistigen Waffen', welche die soziologische Forschung den Autoritäten liefert, zunehmend funktionslos.“ Dann, fährt der amerikanische Soziologe Martin Nicolaus fort, kommt es zum „funktionalen Wechsel von der soziologischen zur Polizei-Profession“.

Die westdeutsche Soziologie — mit Ausnahme der Frankfurter Schule - hat sich frühzeitig an das Praxisverhältnis der amerikanischen Sozialwissenschaften angepaßt. Sie verstand ihren Praxisbezug vor allem im Kontext sozialer Kontrolle, Krisen- und Konfliktregulierung; sie übernahm im sozialstaatlichen System der „Stückwerktechnologien“ ihren Part. Sie wehrte sich ängstlich, und ziemlich dumpf, gegen ideologische und sozialphilosophische Positionen, zumindest bei den lebendigen Kolleginnen und Kollegen.

So pragmatisch die Amerikaner sein mögen: dortige Fachgenossen haben sich immer darüber gewundert, daß die westdeutschen Soziologen das Sozialexperiment sowjetischer und deutscher Kommunisten, die Errichtung des „ersten Arbeiter- und Bauernstaats auf deutschem Boden“, so verbissen negierten. Die Amerikaner wußten immerhin, wie sehr sie selbst und die von ihnen umerzogenen deutschen Eliten für das Parallelexperiment Bundesrepublik verantwortlich waren. Ihre Neugier bezüglich des Konkurrenzunternehmens in der DDR war wach.

Auch als die sozialliberale Koalition, politisches Ziehkind des amerikanischen Liberalismus,

mit ihrer Strategie des *Wandels durch Annäherung* gegenüber der DDR begann, blieben die Mainstream-Soziologen desinteressiert. Noch 1979 widmete die „Deutsche Gesellschaft für Soziologie“ (DGS) ausgerechnet in Berlin ihren Fachkongreß einzig und allein dem „sozialen Wandel in Westeuropa“. Diese blinde Arroganz wurde in den 80er Jahren durchgehalten.

Einfallslos, aber geschäftig

1990 allerdings gab es einige Aufregung im Fach, dessen Praxisbezug inzwischen vor allem im Datenhandel *en gros* und *en detail* besteht. Es ging um das Beratungsgeschäft in Ostdeutschland. Die Banken, die Versicherungen, „die Industrie“ richteten Ost-Büros ein. Die jungen Jobber, die sich hier ihre Sporen verdienen sollten, waren *starved for information*. Für Augenblicke schien es, als würden sie auch von den neuen Betroffenen und Beplanten, den neuen Konsumenten, Ratschläge und Informationen annehmen wollen; als wolle man auf die „Fremdheit“ eingehen.

Aber dann reisten die Scheckbuch-Forscher und Groß-Berater aus dem Westen an, versiert im Entzweien und Herrschen. Sie räumten mit dem Zweifel auf, ob es in den neuen Bundesländern nicht doch Anderes, Eigenständiges mit eigenem Entwicklungspotential gäbe. Auf den Trümmern der DDR-Akademien und Institute waren alternative Einsichten nicht gefragt. Man reproduzierte die koloniale Attitüde, mit der ein Teil der angewandten Sozialforschung groß geworden ist. Man produzierte Ratschläge zur Vermarktung und Unterwerfung, effektiv und phantasielos. Und auch das soziologische Beratungsgeschäft läuft in diesem Kontext an.

Was ihren derzeitigen, immer noch staatsfinanzaufwendigen Forschungsapparat betrifft, geht die Soziologie allerdings nicht unbedingt rosigen Zeiten entgegen.

Es gibt noch immer starke Kräfte - in den 80er Jahren hatten sie die Oberhand -, die zur Bewältigung anstehender Krisen auf nichts anderes setzen als auf Stärkung des Marktes auf Kosten des Staates, auf die Entlassung wichtiger Bereiche der Gesellschaftspolitik aus der Steuerung, auf den Ausbau des Repressionsapparates (Stichwort „Polizei“), auf die Zerstörung des sozialstaatlichen Netzes zugunsten von spitzentechnologischem Muskelspiel auf dem Weltmarkt (und im Waffengeschäft). Solche Krisenlösungsstrategien verlangen nicht viel sozialwissenschaftliche Kompetenz.

Zudem ist die konservative Ideologisierung des Faches weiter fortgeschritten, als man glaubt. An vielen Stellen, nicht zuletzt in halbprivaten Forschungsinstituten und Forschergruppen wurden ideologische Zukunftsstrategien entworfen, in denen der Zusammenbruch der DDR bereits Teil des Kalküls war.

Vor allem der 1983 veröffentlichte Bericht der für die Landesregierung Baden-Württemberg tätigen Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“ ist ein Markstein des konservativen gesellschaftspolitischen Umbauprogramms, noch immer bestens geeignet als Beratungsgrundlage für Politik, Staats- und Industriebürokratie (vgl. meinen damaligen Beitrag in: „Blätter“, 7/1984).

Dieses Konzept basierte auf den allgemeinen empirischen Befunden, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt die Grundbedingungen unseres gesellschaftlichen Lebens tiefgreifend verändert; daß damit die „Komplexität unserer zivilisatorischen Lebensbedingungen“ zunimmt; daß Umschichtungen und Differenzierungen in der

Sozialstruktur stattgefunden haben, die zur Abkehr von einfachen Zweiklassen-Modellen zwingen; daß neue soziale Bewegungen und andere Formen basaler Interessenvertretung die Bedingungen von Politik zu verändern beginnen.

Die einfallslose Kernaussage des Berichts lautete: Es gibt keine gesellschaftliche Alternative zu dem, was schon ist. „Die Bundesrepublik - wie andere moderne westliche Staaten - ist eine Konkurrenzdemokratie, eine Soziale Marktwirtschaft und eine Wohlstandsgesellschaft mit Massenkonsum und Wohlfahrtsstaat. Sie ist ein Rechtsstaat mit pluralistischer Kultur. Keine dieser Grundinstitutionen ist auch nur annähernd perfekt, aber diese historisch teuer erkaufte Einrichtungen sind das ‚Kapital‘ der Bevölkerung und werden deshalb verteidigt werden.“

Um diesen *Status quo* zu sichern, verlangte die Kommission von der Bevölkerung, mehr Vertrauen in die Kompetenz der Experten" und „nüchterne Pflichterfüllung", sie ermunterte den „sozialen Egoismus" als Grundlage sozialer Differenzierung; sie warb dafür, sich mit der verwirrenden Vielfalt der „Informationsgesellschaft" abzufinden.

Besonders interessant war, daß Politik letztlich als eine Sache des Verhältnisses von „Eliten" und „Massen" definiert wurde. Folglich sorgte man sich um eine kontrollierte Weiterentwicklung „plebiszitärer" Elemente innerhalb der Verfassung. Vor allem aber schlug man der „Elite" vor, sich besser zu organisieren: in „außerparlamentarischen", *unauffällig arbeitenden*, „mit besonderer Entscheidungskompetenz ausgestatteten Institutionen", deren „Besetzung nicht durch allgemeinpolitische, repräsentative Personalauslese", sondern auf stillere Weise zustandekommt (wie Bundesbank, Bundesverfassungsgericht und, neuerdings, Treuhandanstalt).

So wurden schon früh bestimmte Traditionen der deutschen Geschichte und Aspekte eines ungebrochenen Technikglaubens, nüchterner Pflichterfüllung, eines gewissen Volksgemeinschaftspathos und Nationalismus fortgeschrieben, die der Soziologie ein ideologisches Weiterleben nach der Wende erlauben.

Inzwischen, nach der Abwicklung, vollzieht sich an den ostdeutschen Hochschulen die sanfte Okkupation der wenigen Soziologieprofessuren durch die Westdeutschen, wohlwollend gelenkt von Beauftragten eben jener „Deutschen Gesellschaft für Soziologie", deren Horizont noch 1989 am Brandenburger Tor endete.

Was diese Soziologie außerdem plant, sind erste Forschungen zum Wandel der Sozialstruktur im vereinigten Deutschland im Kontext des „neuen Europa". Eine Arbeitsgruppe „Sozialstruktur" der DGS hat sich gegenüber dem Forschungsvorlauf in der ehemaligen DDR weitgehend abgeschirmt und wird, soweit erkennbar, historische Dimensionen nur selektiv berücksichtigen. Offener formuliert die Sektion „Sozialpolitik" der DGS ihre Forschungsthemen über Klassen Verhältnisse, Armutszonen, Ungleichheitsgefälle zwischen West- und Osteuropa und Notwendigkeiten einer europäischen Sozialpolitik.

Auf eine problematische Weise hilflos gibt sich ein von Bernd Giesen und Claus Leggewie herausgegebenes Bändchen *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch* (1991), in welchem linkere Mitabwickler aus dem Westen und ihre östlichen Helfer den ganzen Einigungsprozeß schlichtweg zum „Forschungsprojekt", zum „forschungspragmatischen Glücksfall" (Claus Offe) erklären. Dieses staunende Zugehen auf die Welt der wirklichen Akteure dokumentiert aber allenfalls die extrem verlängerte Adoleszenz einer bestimmten Art von Sozialforschung.

Auch die neuen Forschungen werden sich einpassen müssen in eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, deren kleinster gemeinsamer Nenner aufgrund der bestehenden Kräfteverhältnisse in Europa die Förderung der privaten Unternehmertätigkeit, der Verweis auf „Selbsthilfe“ in allen sozialen Bereichen, auf die spontane Energieentwicklung aus der „freien“ (in Wirklichkeit aber durch enorme Konzentrationsprozesse eingeschränkten) Konkurrenz ist.

Wie sollen aber derartige Forschungen ablaufen, wenn der Wandel im vorvereinigten Ostdeutschland, die historische Entwicklung des Lebens in der DDR, tabuisiert bleibt?

„ Sozialismusforschung “

Die sozialwissenschaftliche Ostforschung war keine Chimäre. Durch Soziologen wie Christian Peter Ludz, dessen Team Ende der 60er Jahre damit begann, für die Regierung Brandt *Materialien zum Bericht zur Lage der Nation* zu erarbeiten, war ein hohes Maß an Objektivität in die Beobachtung der DDR-Entwicklung eingegangen. Wenn auch die verheerenden Wirkungen des Eingeschlossenseins durch die Mauer unterschätzt und damit ein höheres Maß an Normalität, als tatsächlich vorhanden, angenommen wurde: ein realistisches Bild des experimentellen Realsozialismus, dessen „Errungenschaften“ damals ja noch keineswegs im Koma lagen, wurde gezeichnet.

Einige marxistische Soziologen in der Bundesrepublik glaubten zur gleichen Zeit zwar noch an den Vorbildcharakter dieses Experiments und initiierten eine durchaus emphatische „ Sozialismusforschung“. Theoretisch aber hielten sie sich an das Konzept eines „transsystemaren Vergesellschaftungsprozesses“, das heißt an die Einsicht, daß alle Gesellschaftsordnungen und eben auch alle Ordnungsversuche in Wechselwirkung miteinander stehen und es in diesem Sinne gesellschaftstheoretisch gar keine Frage war, daß es die deutsche Einheit, einen gemeinsamen historischen Prozeß, gab.

Gesellschaftliches Leben macht nicht an Staatsgrenzen halt. Man muß es wohl heute immer wieder betonen: die Menschen in der DDR haben volle Leben geführt, auch wenn ihnen das Bewußtsein davon jetzt zerstört werden soll. Sie haben in einem realsozialistischen Experiment gelebt - das heißt auch: sie haben eine sozialistische Alternative zu leben versucht.

Was wird sich aus ihrer Geschichte alles noch lernen lassen? Denn die Suche nach Alternativen zu dem Kapitalismus, den die neuen Bundesländer jetzt erleben, muß offensichtlich weitergehen. Die Frage nach dem sozialverträglichen und umweltverträglichen Wirtschaften ist noch längst nicht beantwortet.

Wenn Karl Herrmann Tjaden, als einer der wichtigen Soziologen der Bundesrepublik, in seinem Buch *Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre* (1990) unbeirrt fragt, „welches die Perspektiven der hochentwickelten und der unterentwickelten kapitalistischen Gesellschaften sind und wie die Organisation sozialistischer Gesellschaften beschaffen sein könnte“, so hält er an einer grundsätzlichen Frageformulierung fest, die in wenigen Jahren wieder so stehen wird.

Das sozialistische Experiment, das als Staatssozialismus 1917 begann, ist gescheitert. Eine Theorie und Praxis, die auf alternative Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gerichtet

ist, bleibt vor allem angesichts der globalen Probleme, die ja per Definition Probleme des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur sind, eine dauernde und dringliche Aufgabe.

„Die angewachsene Macht des menschlichen Moments gegenüber dem außermenschlichen Moment der Biosphären-Totalität und ihre Rückwirkungen auf dieses Ganze erfordern inzwischen, letzteres als ein globales System zu begreifen, in dem die menschlichen Lebewesen und die außermenschliche Biosphäre in globalem Maßstab, vermittelt durch vielfältige Formen gesellschaftlicher Arbeit, aufeinanderwirken. Im globalen System Mensch-Biosphäre wirken die Menschen durch ihre Aktivitäten, zumal durch investive Aktivitäten, auf die übrige Biosphäre ein; das Funktionieren ökologischer Systeme wird durch diese Interventionen verändert; die menschlichen Lebewesen geraten so unter zunehmenden Druck ihrer natürlichen Umwelt; sie sind schließlich genötigt, ihre durch sie selbst veränderten natürlichen Lebensbedingungen in einem für sie günstigen Sinne umzugestalten.“ (Tjaden)

So wird es beispielsweise immer notwendiger werden, die Entwicklung des Produktionssystems einer Gesellschaft so weit wie möglich aus dem vor Ort verfügbaren produktiven Potential zu schöpfen.

Außerdem hängen die Perspektiven gesellschaftlicher Arbeit mit dem Problem der Demokratisierung zusammen, denn eine „spezifische Strategie der eigenständig-nachhaltigen Entwicklung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit bedarf der Mitbestimmung der Menschen, die das jeweilige regionale Potential eigenständig verkörpern und diese Möglichkeiten nachhaltig und planvoll durchforsten können.“

Anders ausgedrückt: Der volkswirtschaftlich vernünftige Umgang mit dem menschlichen Arbeitsvermögen, mit den Naturpotentialen und mit den produzierten Gütern ist mit der unveränderten Logik der kapitalistischen Produktion, welche die politische Demokratie noch nie in die Betriebe ließ, unvereinbar. Daran ändert kein vermeintlicher „Sieg des Westens“ etwas.

Die Wodkaträume der Revolutionsbürokraten sind ebenso ausgeträumt wie die Whiskyträume der Wallstreet. Nach der Alternative, deren so gänzlich verquerer Vorschatten auch die DDR war, muß weiter geforscht werden.

Medien-Image und soziologische Imagination

Das Weltkonfliktsystem - als globaler Gegensatz von Kapital und Arbeit, als Weltklassensystem, als Weltmarkt, als Spielfeld von Militär-Industrie-Komplexen - wird immer deutlicher von weltweiten Informations- und Kommunikationssystemen zusammengehalten und bestimmt. Hier entsteht als Spiegelbild des Weltmarkts ein gewaltiger Medienmarkt, der die Wahrnehmung der Wirklichkeit zu usurpieren droht.

Der Golfkrieg des Jahres 1991 beispielsweise ist noch mehr ein Medienkrieg geworden als der Vietnamkrieg, weil seine Wahrnehmung vollständig nicht etwa von (mutigen) Journalisten, sondern von Marktgesetzen beherrscht wurde: von Gesetzen des Strategiespiels, von den Gesetzen der Vermarktung von Informationen - und natürlich von den Mechanismen der Rohstoff- und Energiebörsen mit ihrer spezifischen computerisierten Medienwelt.

Bezüglich dieser kulturellen Logik des Welt-Medien-Marktes fragt Fredric Jameson in seinem

Buch *Postmodernism or, The Cultural Logic of Late Capitalism* (1991) danach, wie die Banalitäten des Geschäfts- und Privateigentums, des Unternehmertums, von Titelehrgeiz und Ausbeutung, Coupon-Schneiderei, Firmen-Takeover, Investment Banking usw. in unserer Zeit so „sexy“ werden konnten. Es scheint, schreibt er, die Erregung stammt aus einer illegitimen metaphorischen Verbindung des Marktgeschehens mit einer ganz anderen Art von Erscheinung: den Medien in ihrem umfassendsten zeitgenössischen und globalen Sinn (einschließlich der Infrastruktur aller neuesten technischen Medien-Spielereien und Hochtechnologie).

Auch im Krieg beispielsweise - als der Fortsetzung des Marktes mit anderen Mitteln - kommen diese zwei Code-Systeme zusammen, werden miteinander auf eine Weise identifiziert, daß die libidinösen Energien des einen Systems das andere System durchströmen. So werden nicht die kommerziellen Produkte des Marktes zu *Images*, sondern die unterhaltenden und narrativen Prozesse des kommerziellen Fernsehens werden zu *Waren*. Und schließlich werden nicht die Ereignisse zu Bildern, sondern die unterhaltenden Elemente des Fernsehens werden zum Ereignis.

Auch die deutsche Vereinigung war im wesentlichen ein unterhaltungselektronisches Dauerereignis. Zeichen und Realität wurden metaphorisch oder analogisch miteinander identifiziert. Wirkungsvoll bahnte die TV-Berichterstattung über die Leipziger Demonstrationen dem Volk den Weg von *Wir sind das Volk* zu *Wir sind ein Volk*. Mit der gleichen Zielstrebigkeit haben die Medien das Volk, nachdem es eins geworden war, in den Zustand der totalen Vereinzelung vor den Bildschirmen gelockt.

In den Medien ist ein extrem verzerrtes Bild der Vereinigung entstanden, das nicht zuletzt von den politischen Akteuren für bare Münze genommen wird. Kaum etwas wird *gewußt*, keine Proportionen, Rangfolgen der Problemlagen, Prioritäten sind klar oder werden dort, wo die Bevölkerung selbst sie artikuliert, wahrgenommen. Auch jede mögliche Deutungskompetenz der Soziologen ist noch in diese medialen Stimmungs- und Bewußtseinslagen eingewickelt.

Der Mangel an soziologischer Imagination ist eklatant. Wo bleibt der Einfallsreichtum, mit dem soziologische Klassiker einst das intellektuelle Publikum faszinierten? Wo werden heute, mit soziologischer Imagination, Probleme formuliert, die wirklich etwas mit den wirtschaftlichen und sozialen Transformationen in Osteuropa zu tun haben?

Der Kampf um die Köpfe

Im Osten werden sich Gegensätze zwischen Zentren und Peripherien herausbilden; es wird zu ungleichmäßigen Entwicklungen mit erheblichen sozialen Folgespannungen kommen, es werden sich neue Arbeits- und Konsummärkte, neuartige Systeme gemischter Eigentumsformen, spannungsreiche Kombinationen von Lebenslagen und Lebensstilen herausbilden; vor allem aber wird *das Kapital* sich - wenn auch allmählich — tatsächlich in diesen Regionen ausbreiten und Staat, Konzerne, Gewerkschaften und viele andere gesellschaftliche Organisationen und Gruppen vor altbekannte Aufgaben in neuer Form stellen.

Die Diskussion über diese Entwicklungen, auch wenn die Soziologen sich daran kaum beteiligen, ist natürlich in vollem Gange. Jürgen Habermas nennt als Haupttendenz dieser Diskussion den Beginn eines „Kulturkampfes“ um die Schicht der Experten und Intellektuellen. In diesem Kampf um die Köpfe, so weit er von neo-konservativer Seite

geführt wird, verbindet sich der Angriff auf eine vermeintliche Herrschaft linker Intellektueller in den beeinflussungsrelevanten Bereichen (Medien) mit dem Zusammensetzen eines neuen Selbstverständnisses der Intellektuellen, Wissenschaftler usw. in den entscheidungsrelevanten Bereichen (Staatsapparat).

Der ideologische Kampf um die innere Einstellung des intellektuellen Personals, das für die Ausübung von Regierungsmacht ebenso unentbehrlich geworden ist wie für die Darstellung von individueller Freiheit, ist allerdings nur *ein* Aspekt des allgemeinen Problems der Regulierung moderner industrieller und postindustrieller Gesellschaft.

Systemidentität, auch *westliche* Systemidentität, die durch die gegenwärtigen Umwälzungen, trotz allen Anscheins und aller zur Schau getragenen Arroganz gegenüber dem Osten, in einer tiefen Krise steckt, verlangt die Herstellung eines Konsensus zwischen den Eliten und den Massen, vermittelt über die Schicht der wissenschaftlich-kulturell-technischen Experten im weitesten Sinne.

Die konservative Strategie dabei ist klar: einerseits soll dieser neuen Klasse mit der Forderung nach Ideologiefreiheit des Expertentums die Reflexion auf ihre gesellschaftliche Stellung erschwert werden; andererseits wird von ihr verlangt, allgemeine, theoretisch und sozial verbindliche Normen zu formulieren, die auch unter den neuen Bedingungen und in unerwarteten Krisensituationen eine Artikulation öffentlicher Interessen ermöglichen und das Wechselverhältnis von Wirtschaft und Politik regulieren.

Auch die „Befreiung“ der soziologischen Imagination ist an einen Kulturkampf um die Köpfe im zähen Geflecht der Ware-Geld-Beziehungen gebunden. Geld und Kultur sind im Kultur-Sponsoring und bei Einschaltquoten eine innige Verbindung eingegangen. Ware-Geld-Beziehungen haben längst die immaterielle Ebene der Kommunikations- und Informationssysteme erreicht; die neuesten elektronisch erzeugten Stimmungen der Massen sind Geld wert.

Emotionale Diskurskontexte soziologischer Imagination

Dicht unterhalb der Oberfläche der Medien-Geld-Beziehungen laufen also auch hinsichtlich des Einigungsprozesses bestimmte kapitalintensive Kraftlinien durch die unendlichen Talk Shows, Stasi-Grusicals und ernsthafteren DDR- (und BRD-?)Tribunale.

Es geht um affektive Grunddispositionen der Bevölkerung - und zweifellos sind diese mit hohem Aufwand umkämpften Stimmungslagen auch die „affektiven Diskurskontexte“ intellektueller Auseinandersetzung.

Der Berliner Soziologe Wolf Lepenies hat einer solchen emotionalen Strömung, der *Melancholie*, eine umfangreiche historische Untersuchung gewidmet; jetzt fragt er, ob die „Ressentiments der Ostdeutschen“, deutsch-deutsche Fragen des Takts, der inneren Unsicherheit, des Selbstgefühls die „Gefahr einer neudeutschen Melancholie“ heraufbeschwören. Wolfgang Abendroth, der gewerkschaftsnahe Politikwissenschaftler, hat in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung lange Phasen der „Apathie“ (die für die Unternehmerbewegung im wahrsten Sinne des Wortes Gold wert waren) festgestellt.

Versucht man solche affektiven Diskurskontexte zu verallgemeinern, stößt man möglicherweise auf noch grundsätzlichere Befindlichkeiten und geradezu mythische Tiefenstrukturen, von denen hier die folgenden Aspekte angedeutet seien.

„Haß und Liebe“

Die *Soziologie des Altruismus* des von den Bolschewiki erst hofierten, dann verjagten russischen Soziologen Pitrim A. Sorokin ist eine Randerscheinung im Fach geblieben. Auch „Haß“ wird allenfalls in soziologischen Untersuchungen über Gewalt thematisiert. Im „ungeheuren utopischen Vorkommen“ (Ernst Bloch) der Menschheitsträume und -ängste - einer Quelle auch soziologischer Theorien und Einsichten - finden sich Meere des Hasses und der Liebe. Die sozialwissenschaftlich angeleitete Intellektuellenbewegung der 60er Jahre kam nicht zufällig zu dem Schluß: *Make love, not war.*

Die Soziologen sind schlecht vorbereitet auf die Interpretation des im Osten aufbrechenden Hasses, der zerfallenden Solidarität, aber auch auf Erscheinungen erstaunlicher emotionaler Stabilität und Positivität (die den Medien nicht eine Sendeminute wert sind). Hier müßte, im Sinne der vom amerikanischen Soziologen C. Wright Mills entwickelten Methode der *Sociological Imagination*, unbedingt eine Phase des Notierens, Sammelns, Korrelierens von alltagskulturellen Erscheinungen einsetzen.

In den neuen Bundesländern breitet sich „Haß“ aus, vom Selbsthaß bis zum Haß auf die neuen Herren, von der Entsolidarisierung engster Kollektive bis zur Jagd auf Vietnamesen. Wer wollte das Stasi-Syndrom auflösen, ohne an den Haß auf den Klassengegner oder an die Mahnungen zur Versöhnung zu denken?

Blickt man in die Augen der West-Jobber, welche die ehemalige DDR geschäftlich und politisch aufrollen, sieht man dort nackte Angst vor der Rache der abservierten, nicht inkompetenten Funktionseleiten der anderen Seite. Von den Yuppies stammen die Warnungen vor „roten Freikorps“, die sich angeblich in diesen Wochen bilden. Doch ist der Haß der arbeitslosen Funktionsträger der DDR sicherlich zu ungerichtet, zu diffus, um zu organisierten Aktionen dieser Art führen zu können.

Andererseits beginnen sich Solidarität und „Nächstenliebe“ mit wachsender Genauigkeit im Vereinigungsprozeß zu regen, von niemandem überzeugender verkörpert als von Regine Hildebrandt, der Brandenburger Sozialministerin.

Auf diesem emotionalen Terrain werden — ungeachtet des soziologischen Habitus der Leidenschaftslosigkeit - wichtige intellektuelle Prozesse stattfinden. Es sind die Intellektuellen im vereinigten Deutschland, die in die Regionen hochverdichteter Emotionalität vordringen und diese Spannungen reflektieren und bearbeiten werden müssen. Nirgendwo spürt man das deutlicher als in Berlin.

„Raum und Zeit“

Die neuen sozialen Bewegungen haben uns eine Formel für ein neues Raum-Zeit-Gefühl, das sich auch im Einigungsprozeß realisiert, hinterlassen: *think globally, act locally.*

Für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung ist der Begriff der Weltgesellschaft ein zentrales Konzept der Gegenstandsbestimmung geworden. Der Gegenstand Gesellschaft kann nur im globalen Horizont adäquat erfaßt werden. Zwischen Nationen, Staaten, Regionen usw. entsteht ein reales und immer dichter werdendes Feld sozialer Strukturen. Im Nachdenken über die Grundregeln sozialen Raums und sozialer Zeit werden Spannungsbögen und

Zwischenschritte zwischen lokalen Handlungen und „globalen Strukturen“ immer genauer und allgemeingültiger bestimmbar.

Allerdings hält etwa die Systemtheorie (Talcott Parsons, Niklas Luhmann) Weltgesellschaft gelegentlich schon für eine vollendete Tatsache der Vernetzung und globalen Differenzierung, in welcher ökonomische, soziale, politische, ethnische usw. Unterschiede und Ungleichheiten gleichsam selbstläufig verschwinden. Dahinter kann die Vorstellung von einer Hegemonie, etwa des *American Way of Life*, stecken.

Wie soziale Handlungen durch solche Relativierungen sozialen Raums und sozialer Zeit strukturiert werden, interessiert die soziologischen Theoretiker durchaus. Der bedeutende englische Soziologe Anthony Giddens sieht das internationale soziale Geflecht - mit seinen Zwängen und Freiheiten - als einen raum-zeitlichen Prozeß der *sozialen Strukturierung*, in welchem vorstrukturierte Handlungen einerseits bestehende Strukturen bestätigen und andererseits neue Strukturen erzeugen, die ihrerseits wieder Handlungen vorstrukturieren usw.

In der „Kontinuität der sozialen Reproduktion über Zeit und Raum hinweg“ tritt gerade im globalen Maßstab das entscheidende Phänomen „unbeabsichtigter Handlungsnebenfolgen“ in den Vordergrund. „Die menschliche Geschichte wird durch intentionale Handlungen geschaffen, sie ist aber kein beabsichtigter Entwurf; sie entzieht sich beständig den Anstrengungen, sie unter eine bewußte Führung zu bringen.“

Auch die Deutschen entdecken unbeabsichtigte Handlungsnebenfolgen in ihrem neuen Raum-Zeit-Kontinuum. Einige Randnotizen müssen reichen:

Zum ersten Mal tauchte mit der ökonomischen Transformation ganz real die Frage auf, ob Grund und Boden nicht aus dem Waren-Markt herausgenommen und als die allgemeine, nicht in Eigentumsverhältnisse einbezogene Grundlage des Wirtschaftens betrachtet werden müssen. Oder einfacher: Haus und Hof als „Niemandeigentum“ hätte, als „Vergesellschaftung der Immobilien“, die fortschrittliche ökonomische und ökologische Hinterlassenschaft der DDR sein können, mit neuen Raumerfahrungen - wäre die Sache in der DDR nicht so dilettantisch, schrebergartenmäßig, angegangen worden.

Auch sonst, mit der Verlagerung der Schwerpunkte der Republik von Bonn nach Berlin, stellt sich in Deutschland ein neues Raumgefühl ein, das in ein neues Zeitgefühl mündet. Auf einmal sind die historischen Vorläufe und Folgen des Nationalsozialismus wieder in einem Zeithorizont versammelt. Auf einmal ist unsere Geschichte durchzogen von Traditionslinien, die wie die Risse bei einem Erdbeben aufbrechen. Periodisierungen unserer Geschichte geraten durcheinander, alles muß - mindestens seit 1919 - noch einmal durchdacht, nicht nur die Geschichte der DDR, sondern auch die der Bundesrepublik müssen neu geschrieben werden.

„Kapitalismus und Sozialismus“

Den Epochenbestimmungen durch die Begriffe Kapitalismus und Sozialismus haftet etwas Mythisches an. Opportunistische Angst verhindert oft den Gebrauch der präzisen Vokabel Kapitalismus. Sozialismus wird im Augenblick zwar historisch ausgeatmet, doch von der Phase des Einatmens können wir ausgehen.

Die neueste Stimmung unter Intellektuellen gibt womöglich Peter Glotz in einem Brief an Oskar Lafontaine wieder: „Als ich kürzlich in Washington war, habe ich lange mit unserem gemeinsamen Freund Norman Birnbaum gesprochen, der mir plastisch das Elend der demokratischen Partei vor Augen geführt hat. Alle vier Jahre ein neuer Kandidat, alle vier Jahre ein dürres Thesenpapierchen, aber kein Halt, keine Parteiorganisation, keine langfristige Linie. Wir waren ja beide immer weit davon entfernt, uns als Marxisten zu bezeichnen. Jetzt aber werden wir den gar nicht so liebenswerten alten Herrn aus Trier gelegentlich verteidigen müssen. Sein Hypothesen-Steinbruch ‚Das Kapital‘ ist inzwischen geplündert: und viele der Steine, die man dort finden konnte, waren nicht recht verwertbar. Aber so ganz werden wir auf seine Hypothesen nicht verzichten können. Mag sein, daß es übertrieben war, die Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen aufzufassen, aber wenn wir sein Analysebesteck ganz zur Seite legen und die ökonomischen Gründe politischer Entwicklungen vormarxistisch vernachlässigen, werden wir schnell ratlos herumstehen. Der Schwung des (Kommunistischen) Manifestes, das Vorwort zu den Grundrissen, die Idee der disponiblen Zeit - die Parole müßte sein: Karl Marx und Max Weber in eins denken, aber bitte nicht zurück zu einer imaginären Debatte zwischen Lassalle, Bismarck, Lorenz von Stein und dem Bischof Ketteler.“ (Aus einem Brief von Peter Glotz an den gescheiterten Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine: vgl. Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft, 12/90)

Nun mag es zwar so sein, daß es keinen Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus gibt, weil der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus verfehlt wurde. Gleichwohl ist es richtig zu sagen, daß die „sozialistische“ Alternative zum Kapitalismus in den Knochen der Lohnarbeiterschaft des Ostens, die sich von einer neuen Version kapitalistischer Ausbeutung überrollt sieht, besonders bodenständig präsent ist - wie die beginnende Welle von Betriebsbesetzungen zeigt.

Andererseits setzt dort ein Teil der alten Nomenklatura ihre *Kapital*-Lektüre allzu produktiv in die eigenen Taschen um. Die zerfallende politische Staatsgewalt des Realsozialismus reicht immer noch aus, um ihren bisherigen Trägern Positionsvorteile im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation von Kapital zu verschaffen. Was für eine seltsame neue Kapitalistenklasse da im Osten entsteht!

KPdSU, SED usw. haben die Arbeiterklasse verraten. Nur: die Arbeiterklasse gibt es natürlich noch, und wie die Dinge aussehen, wird die Entwicklung ihr nicht erlauben, in jene Apathie zu verfallen, die lange Passagen ihrer Geschichte ausmacht.

Denkt man an die zerfallene Sowjetunion, könnten zudem wieder ganz dunkle Quellen der Frage nach der Alternative zum Kapitalismus zu sprudeln beginnen, so daß das Projekt einer *Zivilisierung* dessen, was wir haben, also des Kapitalismus, Vorrang hätte, um jegliche Art von national retardierten Sozialismen - zu denen auch das Projekt DDR gehörte — zu verhindern.

Für eine großstädtische Soziologie!

Angesichts so vieler Fragen und Probleme nehmen wir, was die Fachdisziplin Soziologie angeht, nicht nur Ratlosigkeit, sondern auch, bei aller Geschäftigkeit, mangelnde Weltläufigkeit wahr - die durch den Wissenschaftstourismus nur noch verquerer wird.

Dieser Provinzialismus der westdeutschen Soziologie hatte den Charme der *Bonner Republik* für sich. Doch intellektuelle Auseinandersetzungen bedürfen eines *Setting*. Es ist eine große

Chance für die intellektuelle Wiederbelebung des Faches, daß sich in Deutschland eine neue, an die Fremdheiten der 20er Jahre unmittelbar anknüpfende, unweigerlich von den neuen Fremdheiten des Ostens geprägte Metropole zu entwickeln beginnt. Berlin wird das natürliche Milieu für eine *more sophisticated sociology* werden, so wie Paris das ist oder New York. Hinzu kommt, daß die Metropole Berlin ein halbes Jahrhundert unter den Trümmern des Zweiten Weltkriegs gelegen hat und nun mit einer ungeheuren Fremdartigkeit die Schalen ihres eigenen, so lange vertrauten, subventionierten Provinzialismus zerbricht.

Für die durch den Berliner Soziologen Georg Simmel um die Jahrhundertwende angeregten amerikanischen Stadtsoziologen der Chicagoer Schule bestand die Kultur der Großstadt im Erleben und Erfahren von Unterschieden, von Klassen-, Alters-, Rassen- und Geschmacksunterschieden jenseits der eigenen, vertrauten Sphäre - auf der Straße.

Georg Simmel schrieb einen Aufsatz mit dem Titel *Der Fremde*, in dem er den typischen Städter als ein aus verschiedenen Segmenten bestehendes Selbst bestimmt. Richard Sennett knüpft in seinem Buch *Civitas. Die Großstadt und die Kultur des Unterschiedes* (1991) an diese Kategorie des Fremden an, eines Menschen, der im Laufe seines Lebens Dinge tut oder Gefühlswelten betritt, die sich nicht in den gewohnten Rahmen der Identität fügen. Fremdheit kann an sich selbst und anderen nur als ein soziales Kraftfeld, als ein positiver emotionaler Diskurskontext, erfahren werden, wenn sie nicht als Risiko kalkuliert, sondern als Unvorhergesehenes, unerklärt und ungelöst, im großstädtischen Milieu gelebt und erfahren wird. Damit dies geschehen kann, „muß eine Erfahrung wirksam werden, die nicht linear, sequentiell strukturiert ist“ (Sennett).

Solche Erfahrungsmöglichkeiten bot der Soziologie weder die *Bonner* noch die *Wandlitzer Republik*. Die *Berliner Republik* bietet sie, wenn die Intellektuellen sie ergreifen.